

### Tempelhof soll in Rente gehen...

Warum ausgerechnet eine grüne Bundestagsabgeordnete den Neuköllner und Tempelhofer Aktivisten für eine Schließung des Flughafens Tempelhof „in den Rücken“ fällt?

Seite 4

### Die Neuköllner Jugendstadträtin...

Wenn Mütter ihre Kinder aussetzen, befinden sie sich in einer für sie ausweglosen Lage. Sie glauben sich niemandem offenbaren zu dürfen und fürchten die Entdeckung...

Seite 3

### Wissmannstraße umbenennen...

Straßennamen sind eine hohe Auszeichnung nicht nur für die Namensgeber, sondern auch für die Stadt und den Bezirk. Wer aber weiß, was Wissman getan hat, wird ihm seine Auszeichnung nicht lassen können ...

Seite 5

# Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 161, Mai 2007

Darüber lässt sich streiten:

## Straßenausbau in Alt-Rudow

*Sinnvolle Maßnahme oder „sozialistische Umverteilungsstrategie“*

Die April-Sitzung der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung hatte ein gewichtiges Thema: Straßenausbau in Alt-Rudow.

Dabei ging es einmal mehr hauptsächlich um die Frage, ob die Anwohnerinnen und Anwohner an den Kosten der Baumaßnahme nach dem Straßenausbaubeitragsgesetz zu beteiligen sind und ob das Gesetz überhaupt Anwendung findet. Stadtrat Thomas Blesing (SPD) bekräftigte in der Beantwortung einer Großen Anfrage der FDP noch einmal die Auffassung des Bezirksamtes: Das Gesetz findet Anwendung und die Anwohner sind zu beteiligen!



Diese Auffassung blieb bei den Vertretern der CDU, FDP und Grauen nicht ohne Widerspruch. Hatte sich doch die ehemalige CDU-Baustadträtin, Stefanie Vogelsang, in einer Informationsveranstaltung mit Betroffenen in Rudow sehr weit „aus dem Fenster gelehnt“ mit der Bemerkung, dass die Baukosten von etwa 1,2 Millionen Euro vom Bezirkshaushalt getragen würden und solange sie Stadträtin sei, die Betroffenen keine Beiträge zu leisten hätten. Das war vor der letzten Wahl, und so ist der Vorwurf an sie und an die CDU, sie betrieben Klientelpolitik, nicht von der Hand zu weisen. Das war auch die überwiegende Meinung der übrigen Bezirksverordneten.

Die Auffassung blieb bei den Vertretern der CDU, FDP und Grauen nicht ohne Widerspruch. Hatte sich doch die ehemalige CDU-Baustadträtin, Stefanie Vogelsang, in einer Informationsveranstaltung mit Betroffenen in Rudow sehr weit „aus dem Fenster gelehnt“ mit der Bemerkung, dass die Baukosten von etwa 1,2 Millionen Euro vom Bezirkshaushalt getragen würden und solange sie Stadträtin sei, die Betroffenen keine Beiträge zu leisten hätten. Das war vor der letzten Wahl, und so ist der Vorwurf an sie und an die CDU, sie betrieben Klientelpolitik, nicht von der Hand zu weisen. Das war auch die überwiegende Meinung der übrigen Bezirksverordneten.



So sehen Gewege in Alt-Rudow oft aus

Foto: jüb

### Neubau oder Sanierung?

Andreas Lück, FDP-Fraktionschef, forderte, das Bezirksamts müsse zu seinem Wort stehen (das die ehemalige Baustadträtin gegeben hatte). Im übrigen sei die ganze Baumaßnahme kein beitragspflichtiger Neubau, sondern müsse als Sanierung in Form einer Instandhaltung angesehen werden. Das Gesetz zur Einforderung von Beiträgen für Straßenausbauten nannte er „Teil einer sozialistischen Umverteilungsstrategie“.

Falko Liecke, Chef der CDU-Fraktion, prügelte gleichfalls auf das Gesetz ein: Es sei ein „Bürger-Abzocke-Gesetz“. Außerdem sei die geplante Baumaß-

nahme nur die Fortsetzung einer schon Ende der 80er Jahre begonnen Erneuerung der Straße Alt-Rudow, und nur die deutsche Einheit habe mit ihren Kosten der Fortsetzung der Maßnahme „einen Strich durch die Rechnung“ gemacht. Liecke beschuldigte die Parteien der Zählgemeinschaft, die Bürger im Süden Neuköllns mit Straßenausbaubeiträgen „abzuzocken“, während in Nord-Neukölln durch abenteuerliche Großprojekte, wie der Umbau von

Das mochte Bernd Szczepanski, grüner Bezirksverordneter, so nicht stehen lassen. Die Klientelpolitik der CDU sei zu durchsichtig und Vogelsang hätte ihr Versprechen, dass keine Beiträge erhoben würden, als Neuköllner Baustadträtin gemacht und nicht als CDU! Und an Liecke gewandt: „Herr Liecke, merken Sie sich: Dieses Land

wird nicht von der CDU regiert!“ Er bekräftigte die Meinung des Baustadtrates Blesing, wonach der Neubau der Straße Alt-Rudow notwendig sei, die Maßnahme keine Luxus-Sanierung darstelle, wie die FDP-Vertreter meinten, und an die CDU gewandt: Wenn diese so wortreich betone, zu ihrem Wort zu stehen, dann solle sie doch die Beiträge für die Bürger zahlen!

### Aufforderung zum Rechtsbruch?

Jürgen Koglin, Vorsitzender der SPD-Fraktion, warf der CDU vor, durch die Aussage der ehemaligen Baustadträtin und des Rudower Abgeordneten, Sascha Steuer, man würde das Straßenausbaubeitragsgesetz nicht anwenden, offen zum Rechtsbruch aufzufordern. Baustadtrat Blesing versuchte die Wogen zu glätten, indem er aus einem Brief der Senatsbaudirektorin zitierte: Es sei nicht in das Belieben der Behörde gestellt, das Gesetz anzuwenden oder nicht, sonder sie ist dazu verpflichtet. „Die schuldhaftige Verletzung dieser Pflicht ist

Untreue.“ Nun hat ja die CDU mit dem Begriff Untreue, und nicht nur mit dem Begriff, wie man seit dem Urteil gegen den früheren CDU-Landeschef Klaus Landowsky weiß, so ihre Erfahrung!

### Kein Luxus-Ausbau

Es steht ja wohl fest: Das neue Gesetz greift und Beiträge müssen gezahlt werden. Jedenfalls für das geplante Ausmaß der Bauarbeiten. Aber es wird keinen Luxus-Ausbau geben. Denn ist es vielleicht Luxus, wenn ordentliche Radwege geschaffen werden, damit Radfahrer nicht mehr um Leben und Gesundheit fürchten müssen, wenn sie auf dieser Straße fahren? Ist es Luxus, wenn die maroden Gehwege in Ordnung gebracht werden, damit Fußgänger – und das sind die meisten Nutzer der Straße – nicht mehr die Straße lang stolpern müssen?

Vielleicht sollte die planende Behörde im Neuköllner Bezirksamts die Kostenschätzung noch einmal überdenken und nach weniger kostenaufwändigen Alternativen suchen. Auch bei der Organisation der Bauarbeiten sind sicher Verbesserungen im Interesse der Geschäftsleute und Gewerbetreibenden denkbar. Vielleicht könnten solche Maßnahmen die Einsicht aller Beteiligten in die Notwendigkeit des Straßenausbaus erhöhen... jüb

### Neuköllns schöne Seiten

## Die Ideal-Passage - eine hundertjährige Erfolgsgeschichte



Foto: IDEAL

Im Dezember 1906 kaufte der Vorstand der „Allgemeinen Ortskrankenkasse für Rixdorf“ ein Grundstück zwischen Weichsel- und Fuldastraße. Hier sollte nach Plänen der Architekten Willy und Paul Kind ein Gebäudekomplex entstehen, der neben Verwaltungsräumen für die Krankenkasse auch Wohnungen beherbergen sollte, die den Forderungen der damaligen Wohnungsreformer entsprachen: mit Zentralheizung, Warmwasserversorgung und sogar mit Bädern, die „ideale“ Kleinwohnung für breite Bevölkerungsschichten. Auf diese Weise wollte die Rixdorfer Ortskrankenkasse ein Zeichen setzen gegen den spekulativen Mietwohnungsbau jener Zeit, dem es ausschließlich um Profitmaximierung ging, nicht aber um die elementarsten Bedürfnisse der zukünftigen Bewohner. Aber der Magistrat von Rixdorf, der sich in erster Linie den Interessen von Mietshausbesitzern verpflichtet sah, hatte keinerlei Interesse daran, dass eine Krankenkasse daherkam und den Standard von Mietwohnungen heben und damit die Profitrate senken wollte, und sagte „Nein“ zu den Bauplänen. Da war guter Rat teuer, und der kam von einem Beamten aus dem Ministerium für Handel und Gewerbe: Man solle doch eine Genossenschaft gründen, der dann das Grundstück zu verkaufen sei. Gesagt, getan: Am 9. April 1907 wurde in einer Gaststätte in der Reuterstraße 94 die „Rixdorfer Baugenossenschaft IDEAL“ ins

Leben gerufen. Ärzte und Apotheker gehörten zu den „Genossen“ der ersten Stunde. Sie alle hatten auf Grund ihrer Berufserfahrung genügend Einblick in die Wohnverhältnisse ihrer mittellosen und notleidenden Patienten. Sie wussten um die Krankheiten, die durch ungesundes und beengtes Wohnen hervorgerufen wurden. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Albert Südekum hatte diesen Zusammenhang einst sehr drastisch formuliert: „Man kann einen Menschen mit einer Wohnung genau so gut töten, wie mit einer Axt.“ Unter den Gründungsmitgliedern war der Arzt und spätere Stadtrat von Neukölln Raphael Silberstein (Silbersteinstraße). Der erste Spatenstich für die (spätere) Ideal-Passage war am 22. Juli 1907. Insgesamt 193 Wohnungen von ein bis zwei Zimmern mit und ohne Bad entstanden damals zwischen Fulda und Weichselstraße in der Passage. An den Straßenfronten und innerhalb der Passagewurden zahlreiche Ladengeschäfte eingerichtet. Durch die bauliche Gliederung - parallel zu den Straßen-Vordhäusern im Inneren stehen auf den seitlichen Grundstücksgrenzen Flüggebäude, die durch drei Quergebäude miteinander verbunden sind - entstanden vier größere, gärtnerisch gestaltete Innenhöfe. Sie geben der Passage noch heute ein modernes Gepräge, sind eine schöne Seite Neuköllns, ein Vorzeigeprojekt Neuköllns, dem man seine 100 Jahre nur sehr bedingt ansieht.

Aus IDEAL-Archiven

## Berlins großer Bio Discount

Bio-Markenprodukte  
Abholmarkt  
Dauermiedrigpreise  
Fachberatung  
Ideal für den großen Bedarf



BIG BIO DISCOUNT  
natürlich intelligent einkaufen



Bergiusstr. 36 (Autobahn 100, Abfahrt Grenzallee) · 12057 Berlin  
Mo-Fr 13-19 u. Sa 9-14 Uhr · Telefon 030/68 05 66 61 · www.big-bio.net

### Wir laden ein

zu einer Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln

### Umbenennung der Wissmannstraße

Wann: 6. Juni 2007 um 19 Uhr

Wo: Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32

Mit: Fulgence Kisalya (Vereinigung der Tansanier in Berlin)

Reiner Pomp (Historiker und Verfasser eines Gutachtens über Wissmann im Auftrag des Bezirksamtes Neukölln)

Martin Kupfer (Verwaltungsjurist, Sen Stadtentwicklung)

Wir laden Anwohner und interessierte Neuköllner ein, über folgende Themen zu diskutieren: Warum müssen wir uns mit der deutschen Kolonialgeschichte auseinandersetzen? Wie geht eine Straßen-Umbenennung vor sich, was kostet sie und welche Belastungen kommen auf die Anwohner zu?

Michael Cramer, Mitglied des  
Europa-Parlaments:

## Bericht aus Brüssel



### (K)ein Tempolimit für die deutschen Autobahnen

Der Vorschlag von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas, Deutschland könnte als einfache Maßnahme ein Tempolimit auf Autobahnen einführen und so einen bedeutenden Beitrag leisten zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr, ist ebenso gut wie leicht und schnell umzusetzen. Aber aus Deutschland folgen sofort Abwehrreaktionen. Auf dem EU-Parkett macht die deutsche Ratspräsidentschaft eine gute Figur als Klimaschutzworleiter und zu Hause werden ernsthaftige Maßnahmen ausgebremst - neuerdings auch wieder von Umweltminister Siegmund Gabriel (SPD), der sich noch vor kurzem selbst für ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen ausgesprochen hat. Selbst wenn ein Limit von 120 km/h „nur“ ca. 2 Prozent tatsächliche Reduktion bringen würde, wäre das immerhin schon die Hälfte von dem, was Deutschland noch zur Erfüllung des Kyoto-Reduktionsziels fehlt. Außerdem zählt die Folgewirkung: Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes könnten bis zu 30 Prozent der Emissionen eingespart werden, weil dann u. a. auch der Weg frei würde für den weniger energieintensiven Bau leichter Autos, die weniger CO<sub>2</sub> emittieren.

Und wenn der parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller, Dimas' Tempolimit-Forderung „nicht so ganz fair“ nennt, weil Brüssel eine europäische Richtlinie für ein Tempolimit in ganz Europa bisher nicht vorgelegt hat, verkennt er die Tatsache, dass Deutschland neben dem autobahnfreien Afghanistan (!) das einzige Land in der Welt ohne Tempolimit ist. Das nenne ich einen „Nebenkriegsschauplatz“ und nicht - wie Minister Gabriel jetzt seinen Sinneswandel zu kaschieren versucht - den Vorschlag von EU-Kommissar Stavros Dimas.

# Senat beschließt Eckpunkte zur Umweltzone

## BUND begrüßt strengere Ausnahmeregeln

**Berlin: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) begrüßt die Pläne des Berliner Senats, für die innerhalb des S-Bahn-Rings ab 1. Januar 2008 geplante Umweltzone nur wenige und gut begründete Ausnahmen zuzulassen.**

Die Nachrüstung von Dieselaautos mit Partikelfiltern und deren Förderung in Höhe von 330 Euro pro Fahrzeug sei besser, als Sonderregeln aller Art für ungefilterte Pkw und Nutzfahrzeuge zu erlauben. Vorbildlich für andere Städte sei auch die Berliner Lösung, auf Antrag Kleingewerbetreibenden eine Filter-Nachrüstung oder die Anschaffung neuer Fahrzeuge mit günstigen Kleinkrediten zu ermöglichen. Positiv sei, dass die Härtefallregelung für den Wirtschaftsverkehr auf 18 Monate verkürzt wurde und die erlaubten Fahrstrecken für Oldtimer reduziert wurden, schließlich sei ein Oldtimer kein Alltagsfahrzeug. Tilman Heuser, Landesgeschäftsführer

des BUND in Berlin: „Mit der Entscheidung, Ausnahmetatbestände auf die wirklich notwendigen Fälle von Schwerbehinderten- sowie Versorgungs- und Einsatzfahrzeugen zu beschränken, hat Berlin eine Vorbildfunktion für jene Städte übernommen, die ebenfalls Umweltzonen planen. Wenn das Berliner Beispiel Schule macht, kommen wir auch bundesweit bei der Bekämpfung des gefährlichen Feinstaubes einen entscheidenden Schritt voran.“ Derzeit planen rund dreißig durch Feinstaub hoch belastete Städte in Deutschland die Einrichtung von Umweltzonen. Mit Fahrverboten für Dieselfahrzeuge ohne Rußfilter, die als Hauptverursacher innerstädtischer Partikelbelastungen gelten, können die Feinstaubbelastungen um rund ein Fünftel gesenkt werden.

### Umweltzone erweitern

Nach einer Testphase regt der BUND für Berlin die schrittweise Ausweitung

der Umweltzone an. Dadurch ließe sich die städtische Hintergrundbelastung mit Feinstauben weiter verringern. Nach Angaben des BUND leiden in Berlins Innenstadt rund 190.000 Menschen unter zu hohen Feinstaubbelastungen. Die Folge seien vielfach Erkrankungen der Atemwege wie Bronchitis, Asthma oder sogar Lungenkrebs.

Martin Schlegel, Verkehrsexperte des BUND: „Ziel der Umweltzone ist gesunde Luft für alle Berlinerinnen und Berliner. Damit die Wirksamkeit der Umweltzone und damit der Fahrbeschränkungen für Rußpartikel-Schleudern nicht eingeschränkt wird, müssen Ausnahmen echte Ausnahmen bleiben.“

Ausnahmen für Pendler, die ihren Arbeitsplatz in der Innenstadt haben, hält der BUND für unsinnig, weil das Gebiet innerhalb des S-Bahn-Rings Tag und Nacht vollständig vom Nahverkehr erschlossen wird. Ebenso dürfe es keine Ausnahmen für die Anwohner geben. Auch die Ausflugsdampfer auf der Spree sollten in die Umweltzonen-Regelung einbezogen werden, fordert der BUND.

jüb

# Grünbuch Stadtverkehr

## Auf der Suche nach Perspektiven für den Klimaschutz

**Erderwärmung und Klimawandel galten jahrelang als fragliche Risiken in ferner Zukunft – nun ist die Klimakatastrophe in den Schlagzeilen der Boulevardpresse angekommen. Wird es gelingen, die vom Menschen verursachte Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, wie es die Europäische Union will, oder verfehlen wir dieses anspruchsvolle Ziel?**

Der Verkehrssektor trägt bereits heute mit einem Fünftel zu den Emissionen des Treibhausgases CO<sub>2</sub> bei, und 70 Prozent des Mineralölverbrauches der EU entfallen auf ihn. Experten erwarten bis 2020 einen Zuwachs des europäischen Güterverkehrs um 45 Prozent. Erhebliche Anstrengungen werden also nötig sein, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Verkehr drastisch zu begrenzen.

Straßenverkehr beeinträchtigt nicht nur die Klimabilanz. Er stört zudem erheblich die Lebensbedingungen und Aufenthaltsqualität in den Städten. In den Innenstädten sind schwere Unfälle von Fußgängern und Radfahrern sowie Gesundheitsbeeinträchtigungen aufgrund von Lärm und Luftverschmutzung ernst zu nehmende Gefahren. Die durch kurze Wege und dichte Bebauung gekennzeichnete europäische Stadt hat sich andererseits als Siedlungskonzept bewährt, um den Verkehr zwischen Wohnort, Arbeitsplatz und den übrigen Lebensbereichen zu bündeln und zu verkürzen.

Die Verkehrsbelastungen der Städte werden im Weißbuch Verkehr, das die wichtigsten Grundlagen enthält, jedoch weitgehend ignoriert. Zur Halbjahresbilanz des Grundsatzprogramms

im Sommer 2006 kündigte die EU-Kommission immerhin die Herausgabe eines *Grünbuches Stadtverkehr* an. Die erste Konsultationsphase zum Diskussionspapier wird am 4. Juni in Brüssel mit der Konferenz „Auf dem Weg zu einer europäischen Stadtverkehrspolitik“ beendet. Im Herbst soll das Papier von der EU-Kommission verabschiedet werden. Anschließend wird auf seiner Grundlage bis Ende 2008 der „Aktionsplan Stadtverkehr“ erarbeitet. Das Papier kann durchaus einen umfassenden Informations- und Willensbildungsprozess anstoßen.

Viele Städte haben weit reichende Planungshoheit und erhebliche Handlungsspielräume in der Verkehrspolitik. Das Grünbuch soll örtliche Besonderheiten berücksichtigen und regionale Identitäten fördern. Berlin ist eine polyzentrale Stadt mit vielen regionalen Subzentren, die über eine Fläche von der Größe des Ruhrgebietes verteilt sind. Deshalb muss hier auf jeden Fall ein gut funktionierender öffentlicher Personennahverkehr, der die weiten Entfernungen bedient, opti-

mal mit attraktiven Angeboten für den Rad- und Fußverkehr in den lokalen Kiezen abgestimmt sein.

Wirkungsvoll wird der Kraftfahrzeugverkehr allerdings nur verringert werden, wenn der aktuellen Erschütterung über den erkennbaren Klimawandel rasch ein Bewusstseinswandel folgt. Die Akzeptanz für diesen Wandel muss mit öffentlichen Kampagnen hergestellt und verbessert werden. Mehr als 1300 Städte aus 38 Ländern haben im vergangenen Jahr an der Europäischen Mobilitätswoche (EMW) teilgenommen. Viele Menschen konnten dazu bewegt werden, auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. In diesem Jahr findet die EMW unter dem Motto „Streets for People“ vom 16. bis 22. September statt.

Die Initiatoren wollen erreichen, dass in jeder Stadt wenigstens ein Projekt die Aktionswoche überdauert und zur festen Einrichtung wird. Für Aktive, die z.B. in einem der Neuköllner Quartiersmanagement-Gebiete die Lebensqualität in einer Straße für die Menschen verbessern wollen, könnte die EMW deshalb genau das Richtige sein.

Christian Kölling

Fachforum Mobilität Lokale Agenda 21 Berlin  
koelling@mobilocal21.org

## „K-Gruppen“ gründen! Grüne Jugend macht gegen Klimawandel mobil

In den über 200 Basisgruppen wird auch die GRÜNE JUGEND in den nächsten Wochen aktiv vor Ort sein. Gerade startet die Jugendorganisation den Aufruf „Gründet K-Gruppen“, wobei „K“ für Klimaschutz steht. Dadurch will die GRÜNE JUGEND Jugendliche ermuntern, lokal für Klimaschutz einzutreten und konkrete Aktionen zu machen. Mit der BUND-Jugend kooperiert sie gerade bei der Autowechsel-Aktion: „Mit Aufklebern, Strafzetteln und der Aktionshomepage [www.autowechsel-jetzt.de](http://www.autowechsel-jetzt.de) werden wir über Spritfresser auf-

klären und sparsame Autos attraktiver machen“, sagt Paula Riester, Sprecherin des Jugendverbandes.

Im Vorfeld des G8-Gipfels, der im Juni stattfindet, will die GRÜNE JUGEND damit den Bezug zwischen Klimawandel und Globalisierung herstellen. „Ansonsten sind unsere Landes- und Kreisverbände für ihre Kreativität bekannt“, sagt Riester, „so, dass im ganzen Land verstreut in der kommenden Zeit eine Menge los sein wird.“ Also einfach mitmachen.

Informationen unter:  
[www.gruene-jugend.de](http://www.gruene-jugend.de)

## Grüne Positionen...

Felicitas Kubala, umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus:



Die Verantwortung für die Ausgestaltung und Durchsetzung der Umweltzone auf eine Senatorin der Linkspartei zu übertragen, war von der SPD sicher wohlüberlegt. Sowohl Ausnahmen als auch eine harte Linie werden immer Kritik und Protest bei den Betroffenen oder den Umweltverbänden hervorrufen. Zudem ist Berlin gegenüber der EU rechenschaftspflichtig, was die Einhaltung der Grenzwerte angeht. Für Bündnis 90/Die Grünen besteht kein Anlass, sich aktiv in die Ausnahmeproblematik einzumischen – trotz einzelner Betroffener kann die grundsätzliche Forderung nach möglichst wenig Ausnahmen unbeschadet vertreten werden. Wichtiger ist jedoch, die Diskussion um die Umweltzone dazu zu nutzen, Modelle einer generellen Verkehrsreduzierung in die Diskussion zu bringen. Der Senat selbst erwartet nicht, dass durch die Anordnung einer „Umweltzone“ in der Berliner Innenstadt der Verkehr grundsätzlich gemindert wird. Aber genau darauf sollten wir den Senat verpflichten!



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:  
Vorstandssprecher:  
Jochen Biedermann,  
Tel: 0163 2891707  
Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,  
Postfach 440629, 12006 Berlin  
Internet:  
<http://www.gruene-neukoelln.de>  
E-Mail: [vorstand@gruene-neukoelln.de](mailto:vorstand@gruene-neukoelln.de)  
Bezirksgruppe  
Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr, in der Seniorentagesstätte „Böhmisches Dorf“, Kirchgasse, Ecke Richardstraße (nächsten Termin bitte telefonisch erfragen)  
Kontakttelefone  
Ausländerpolitik/Immigration und Jugend, Kinder, Schule:  
Susanna Kahlefeld, 687 82 12  
Stadtentwicklung, Grünflächen:  
Jürgen Biele, 663 56 40  
Frauen:  
Carola Scheibe-Köster, 68 09 27 73  
Gesundheit, Umweltschutz:  
Gabriela Gebhardt 603 77 54  
Homepage der Bezirksgruppe:  
Jochen Biedermann, 0163 2891707  
Soziales und Verkehr:  
Bernd Szczepanski, 625 72 54  
Wirtschaft:  
Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln  
Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Pressegesetzes:  
Jürgen Biele (jüb)  
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:  
Gabriele Vonnekold, Jochen Biedermann, Bertil Wewer, Christian Kölling, Felix Reyhl, Manfred Herrmann.

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin  
Anzeigenleitung:  
Gabriela Gebhardt, 603 7754,  
E-Mail: [gabi.gebhardt@snaflu.de](mailto:gabi.gebhardt@snaflu.de)  
Druck: Henke Pressedruck GmbH

[www.Naturkindchen.de](http://www.Naturkindchen.de)



- Naturtextilien
- Secondhand Kleidung
- Holzspielzeug
- Stoffpuppen

[kontakt@naturkindchen.de](mailto:kontakt@naturkindchen.de)

# Grüne Randnotizen aus der Bezirksverordnetenversammlung

Dominiert wurde die April-Sitzung der BVV von einem Thema: Straßenausbau in Alt-Rudow (siehe Seite 1). Mit **Mündlichen Anfragen** können Bezirksverordnete vom Bezirksamt Stellungnahmen zu aktuellen Problemen einfordern. Einige Beispiele:

## Konfliktfreie Ampelschaltungen

Nach der Beurteilung des Bezirksamtes zu „konfliktfreien Ampelschaltungen“ (auch rund-um-Grün genannt) erkundigte sich der grüne Verkehrsexperte Bernd Szczepanski. Der zuständige Stadtrat Blesing mochte die in der Fragestellung erwartete positive Bewertung nicht abgeben. Die Verkehrslenkung Berlin (VLB) sieht den Modellversuch an der Friedrichstraße Ecke Kochstraße eher negativ, während die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung das „rund-um-Grün“ eher als ein Modell für eine unfallfreie Regelung an Kreuzungen sieht. Der Bezirk Neukölln, so Blesing, habe derzeit keine Pläne für eine solche Ampelschaltung. Schade eigentlich!



nisation „Die Falken“ in Britz-Süd vor rechtsextremistischen Übergriffen und Schmierereien zu schützen. Die grüne Stadträtin Gabriele Vonnekold wies in ihrer Antwort darauf hin, dass das Bezirksamt nicht den Schutz solcher Einrichtungen gewährleisten kann. „Die Zuständigkeit liegt hier bei dem zuständigen Abschnitt der Polizei, der auch ein verstärktes Augenmerk auf diese Einrichtung richtet.“ Vonnekold führte aus, das Bezirksamt beschränke sich in aktuellen Fällen von Übergriffen darauf, bekannt gewordene Vorfälle an die Polizei weiter zu geben.

## Sprengungen

In Behandlung einer **Großen Anfrage** der CDU „Sprengung im rechtsfreien Raum“ erläuterte Umweltstadtrat Michael Büge (CDU) nochmals die derzeitige Situation beim Abriss des „alten“ Heizkraftwerks Rudow und verwies auf die Rechtslage, nach der Sprengungen jedweder Art „nur“ anzuzeigen sind. Der Fragesteller, Fraktionschef Falko Liecke, nannte den ganzen Vorgang schlicht einen Schildbürgerstreich, den Umgang mit den betroffenen Anwohnern sorglos und dilettantisch. Und weiter: „Jeder Schuppen brauche eine Genehmigung, und hier wird genehmigungslos rumgesprengt!“ Die Bezirksverordneten sahen das ebenso.

## Ignoranz von Toleranz

Unter dieser Überschrift wollte die CDU in einer weiteren Großen Anfrage vom Bezirksamt wissen, wie es die ablehnende Stellungnahme des Jugendamtes gegenüber Angeboten der Lesben- und Schwulenberatung Berlin-Brandenburg (LSVD) in den Jahren 2005 und 2006 im Rollbergviertel begründet. In der beanstandeten Stellungnahme wurde u.a. Homosexualität als „irrelevant für den Rollbergkiez“ bezeichnet. Der Fragesteller Christian Clemens: Den Jugendamtsmitarbeitern

fehle wohl die Sensibilität, mit diesem Thema unverkrampft umzugehen... Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold wollte die Kritik nur wegen einiger „verunglückter“ Formulierungen gelten lassen. So sei die Formulierung „Homosexualität spielt im Leben des Rollbergkiez keine Rolle“ höchst unglücklich und musste Missverständnisse auslösen. Selbstverständlich ist davon auszugehen, dass im Rollbergviertel genauso viele Homosexuelle leben, wie in jedem anderen Wohngebiet. Abschließend konnte sich der Fragesteller die Bemerkung nicht verkneifen: „Frau Vonnekold, reden Sie mit Ihren Mitarbeiter, sie haben es nötig.“

## Radstreifen für Neukölln

Dass Radfahren in Neukölln bequemer und gefahrloser wird, dafür setzen sich die Neuköllner Bündnisgrünen seit jeher ein. Dem Tenor folgte auch die Große Anfrage der Grünen. Fragesteller Bernd Szczepanski fragte, wie das Bezirksamt die Sicherheit von Radstreifen gegenüber herkömmlichen Radwegen bewertet und warum es in Neukölln, im Gegensatz zu anderen Bezirken, erst einen einzigen Radstreifen (in der Werbellinstraße) gibt. Stadtrat Blesing wollte sich nicht pauschal zur Frage entweder Radweg oder Radstreifen äußern. Er hat dann leider die Zuhörer mit verordnungstechnischen Einzelheiten über Art und Umfang von Straßen- und Radweg- und Radstreifen-Breiten gelangweilt und vermittelte so den Eindruck von Unwilligkeit, sich andere Möglichkeiten als „normale“ Radwege vorzustellen. Aber: „Das Bezirksamt misst dem Fahrradverkehr in Neukölln große Bedeutung zu.“ Na, wenigstens etwas!

## Anträge

Mit einer Reihe von Anträgen der verschiedenen Fraktionen werden sich die Ausschüsse der BVV in Zukunft beschäftigen müssen: Boule-Bahn im Carl-Weder-Park, Gütesiegel für Neuköllns Kitas, Umsetzung der Energieeinsparverordnung, Fußgängerüberwege und Zebrastreifen, um nur einige zu nennen.

## Ungeheuerliche Provokation

Mit einem ganz besonderen Antrag ging die BVV zu Ende: Der fraktionslose Verordnete Jan Sturm beantragte „das Amt des Migrationsbeauftragten umzubenenen in Amt für Ausländerrückführung“! Fraktionschef der SPD, Jürgen Koglin, fand die richtigen Worte auf diese ungeheuerliche Provokation der Rechten, auch im Sinne aller demokratischen Kräfte in der BVV: „Uns liegt hier ein niederträchtiger Antrag vor, wie wir ihn in diesem Hause noch nicht gesehen haben. Seine entsetzliche Sprachdiktation stammt aus einer Zeit, die wir nun mehr als 60 Jahre hinter uns gelassen haben, die den infamen Geist der ewig Gestrigen widerspiegelt und die eine schändliche Menschenverachtung ans Tageslicht bringt... Wir werden uns ... nicht von der beabsichtigten erbärmlichen Provokation zu einer ... überflüssigen Debatte hinreißen lassen.“ Der Antrag – die Antragsteller hatten nicht mal den Mumm ihn zu begründen – wurde von allen übrigen Bezirksverordneten protestierend und stehend abgelehnt! Neuköllner Wähler, was habt Ihr uns angetan... jüb

# Die Neuköllner Jugendstadträtin hat das Wort: Babyklappe und anonyme Geburt Hilfen in ausweglosen Situationen

von Gabriele Vonnekold



Wenn Mütter ihre Kinder aussetzen, befinden sie sich in einer für sie ausweglosen Lage. Sie glauben sich niemandem offenbaren zu dürfen und fürchten die Entdeckung. Damit die Kinder trotzdem schnell in eine gute Obhut kommen können, gibt es Babyklappen. Sie sind bei Krankenhäusern mit Geburts- und Kinderkliniken eingerichtet und befinden sich an ruhigen Orten des Klinikgeländes. Dort kann die Mutter eine Klappe öffnen und das Kind in ein Wärmebett legen. Wenn sie die Klappe wieder schließt, wird mit einer gewissen Zeitverzögerung in der Ambulanz ein Alarm ausgelöst, aus der Ambulanz kommen dann Arzt und Schwester, um das Kind aus der Babyklappe zu holen. Die Person, die dieses Kind gebracht hat, kann sich inzwischen ungesehen entfernen. Eine Videoüberwachung vor der Babyklappe gibt es nicht. Damit ist gewährleistet, dass einerseits die verzweifelte Mutter sicher anonym bleiben und andererseits das Kind optimal versorgt werden kann.

Verzweifelte Frauen, die ihr Kind in eine Babyklappe abgeben, handeln nicht verantwortungslos, sondern sie sorgen für eine gute Versorgung ihres Kindes.

## Alternativen

Besser wäre es allerdings, wenn die Mütter bereits vor der Geburt Hilfe suchen würden, bei den meisten Beratungsstellen ist auch das anonym möglich, und auch bei der Geburt selbst wird keine Frau abgewiesen, wenn sie in eine Klinik geht und sich weigert ihren Namen zu sagen. Eine Geburt kann immer mit Komplikationen verbunden sein, die Gefahren für Mutter und Kind bedeuten, deshalb sollte es keine einsamen Geburten in Kellern oder Büschen geben. Die anonyme Geburt ist leider noch nicht legal und deshalb sind Ärzte verpflichtet, ihre Patientinnen nach ihrer Identität zu befragen, aber kein Arzt wird einer Patientin die Hilfe verweigern, wenn sie schweigt. Besser wäre es allerdings, wenn die anonyme Geburt eine legale Möglichkeit für eine Frau wäre, die zwar nicht daran glaubt, ihr Kind aufziehen zu können, die ihm aber einen möglichst guten Start in ein Leben ohne sie geben will.

## Jugendamt in der Pflicht

Nach Übernahme und Versorgung eines solchen Kindes in der Kinderklinik wird das Jugendamt informiert, das dann eine gute weitere Betreuung des Kindes in die Wege leitet. Es kommt zunächst vorübergehend in Pflege, um der Mutter die Chance zu geben zur Ruhe zu kommen und ihre Entscheidung zu überdenken. Manchmal stellt sich heraus, dass es sich um eine Kurzschlussreaktion gehandelt hat, oder die Probleme im Nachhinein doch lösbarer erscheinen, und die Mutter kommt zurück und nimmt ihr Kind an. Dann wird natürlich sorgfältig geprüft, ob ihr Kind zukünftig bei ihr gut aufgehoben sein wird, aber in der Regel sind diese Mütter, wenn sie Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Probleme erhalten, in der Lage ihre Kinder gut und liebevoll aufzuziehen. Wenn sich die Mutter nicht mehr meldet, wird für das Kind eine Adoptionsfamilie gefunden.



ste für ihr Kind zu tun, sei es, dass sie sich doch noch Hilfe holen, um mit ihrem Kind leben zu können, oder dass sie ihr Kind gut auf den Weg zu einem Leben mit anderen Menschen bringen. Diese Einrichtungen retten Leben von Kindern. Und deshalb ist es wichtig, dass sie bekannt gemacht werden. Verzweifelte Frauen in ausweglosen Situationen sind nicht in der Lage, sich nach solchen Möglichkeiten zu erkundigen, deshalb müssen diese Einrichtungen so bekannt sein wie die Feuerwehr, damit eine Frau in Not sich sofort an sie erinnert und sie zum Wohle des Kindes nutzen kann.

Gabriele Vonnekold

Kritiker führen an, Babyklappen würden der Verantwortungslosigkeit Vorschub leisten, aber sie übersehen dabei, dass die Alternative kaum weniger ausgesetzte Kinder wären, sondern nur weniger Kinder, die sofort optimal versorgt werden können. Denn leider landet noch immer die Mehrzahl der ausgesetzten Kinder nicht in der Babyklappe, sondern an viel ungeeigneteren Orten, an zugigen Bushaltestellen, in Toreinfahrten, in Grünanlagen und schlimmstenfalls in einem Kellerverschlag oder gar in der Mülltonne.

## Babyklappen findet man in Berlin bei folgenden Krankenhäusern:

- Vivantes Klinikum Neukölln**, Rudower Str. 48, Babyklappe am Nebeneingang Juchaczweg;
- St. Joseph Krankenhaus**, Tempelhof, Gontermannstr. 41;
- Krankenhaus Waldfriede**, Zehlendorf, Argentinische Allee 40.

# SPD und CDU wollen politisches Bezirksamt verhindern

Die derzeit von SPD und CDU angeführte Debatte um die Direktwahl der Bezirksbürgermeister führt in die Irre. Die Direktwahl soll vor allem das politische Bezirksamt verhindern, das ab 2010 in Kraft tritt. SPD und CDU graut es vor dem politischen Bezirksamt, weil sie die Macht in den Bezirken nicht mit den kleineren Parteien teilen wollen. Doch statt sich in Allmachtsfantasien zu versteigen, sollten die beiden Parteien konkrete Vorschläge zur Stärkung der Bezirke und zur Neuordnung der Aufgaben zwischen Hauptverwaltung und Bezirken vorlegen. Bündnis 90/Die Grünen hat das längst getan: Die Aufgaben zwischen Bezirken und Hauptverwaltung sollen klar getrennt, die Amtsstrukturen der

Bezirke angeglichen werden. Die Bezirke sollen an allen sie betreffenden Entscheidungen stärker beteiligt werden. Der Rat der Bürgermeister (RdB) soll gemeinsame Handlungskonzepte zur Angleichung der Leistungsqualität entwickeln. Qualitäts- und Kostenvergleiche sollen diesen Prozess untermauern. Die Bezirke sind keine Pfründe der Parteien, sondern in erster Linie Dienstleister für die Berliner Bevölkerung. Mit dem politischen Bezirksamt werden Entscheidungsprozesse im Bezirksamt beschleunigt. Die Direktwahl der Bezirksbürgermeister würde die typische Berliner Blockadementalität auf das Verhältnis von Bezirksbürgermeister und BVV ausweiten.

**Ristorante - Pizzeria**  
 hausgemachte Nudeln  
 selbst importierte Weine  
 Steinofenpizza  
 Fischspezialitäten

**Erkstr. 10 - 12043 Berlin**  
 Tel.: 030 / 68 08 79 46

# Mit dem Fahrrad einkaufen

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND Berlin) startet das bundesweite Projekt „Einkaufen mit dem Rad“. Ziel ist es, die Bedingungen für Rad fahrende Kunden zu verbessern. In Berlin bearbeitet der BUND fünf Einkaufsstrassen modellhaft, darunter auch die Karl-Marx-Straße in Neukölln. Die Straßen werden auf ihre Fahrradtauglichkeit hin untersucht und Lösungskonzepte erarbeitet. Einkaufsstrassen sind fast immer Durchgangsstraßen für PKW. Dass sich Menschen dort aufhalten sollen und wollen, ist meist nicht vorgesehen.

So kommt man auf den Bürgersteig mit dem Rad oft nur schwer, und mit Anhänger hat man meistens nur eine Chance, wenn man große Umwege in Kauf nimmt, da die parkenden Autos den Weg versperren. Platz, die Fahrräder vor Geschäften abzustellen, findet man nur selten und brauchbare Radständer sind die Ausnahme.



# Tempelhof soll in Rente gehen

**Aber eine grüne Bundestagsabgeordnete will den Flughafen offen halten und stellt mit „Gleichgesinnten“ einen Antrag**

**Warum ausgerechnet eine „Grüne“, die frühere Staatssekretärin im Bundesumweltministerium und jetzige Bundestagsabgeordnete, Margareta Wolf, den Neuköllner und Tempelhofer Aktivisten für eine Schließung des Flughafens Tempelhof „in den Rücken“ fällt? Wo sie sich doch auf ihrer Internetseite „zuverlässig grün“ gibt?**

Der **Neuköllner Stachel** hat Margareta Wolf gebeten, ihre Gründe darzulegen, warum sie den Gruppenantrag „Flugverkehrskonzept für den Großraum Berlin überprüfen“ unterzeichnet hat. Und dies in Kenntnis der jahrelangen Bemühungen der Neuköllner und Tempelhofer Bündnisgrünen sowie der Bürgerinitiative zur Schließung des Flughafens Tempelhof.

**Hier ihre Stellungnahme:**



Margareta Wolf

In meiner Zeit als **Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium** war ich sowohl befasst mit den Planungen für den **BBI**, wie aber auch mit den massiven Protesten und Klagen von Anwohnerinnen und Anwohnern, die sich u. a. von den Berliner Grünen durch deren Beschlusslage oft allein gelassen sahen.

Ich habe Eure Beschlusslage stets verteidigt, fand es aber damals wie heute bedauerlich, dass weder der Bund noch das Land Berlin ein tatsächlich einleuchtendes und umwelt- wie wirtschaftspolitisch vertretbares Flughafenkonzept für Berlin erarbeitet haben.

Dass das Flughafenkonzept der Bundesregierung für Deutschland aus dem Jahr 2000 eher allgemein bleibt, ist unstrittig und infolge war es gerade in meinem Wahlkreis, -Anrainergemeinden des Frankfurter Flughafens

- Anlass für heftige Auseinandersetzungen.

**Gründe für das Unterzeichnen des Gruppenantrages waren:**

1. Der Bund ist mit 83 Prozent Eigentümer der denkmalgeschützten Gebäude von Tempelhof und ist bis heute nicht in der Lage einen Diskurs über die Nutzung von Tempelhof mit den Bürgerinnen und Bürgern mit eigenen Ideen zu führen. Die Devise lautet immer wieder: „Es muss Schluss sein mit dem Reden über Tempelhof“. Diese Art sozialdemokratischer Ideenlosigkeit hat Tradition und ist vor allem sehr teuer für den Bundeshaushalt und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

2. Massgebliches Motiv für meine Unterschrift war, dass ich es richtig finde, den Bundesverkehrsminister aufzufordern, zeitnah einen Bericht dazu abzugeben resp. verschiedene Modelle öffentlich zu diskutieren.

3. Dabei stellt sich auch die Frage, ob der Bezirk Tempelhof symbolisch Heimat einer grossflächigen Brache wird, für die kein Nutzungskonzept gefunden wird, weil der Senat Berlin nicht als kreative Stadt versteht.

4. Ein weiteres Motiv war, dass ich es nicht für argumentierbar halte, dass Tegel aufgrund der gestiegenen Fluggastzahlen in dem „Zwischenstadium“ ein zusätzliches Terminal baut. Auch dieser Beschluss ist Ausdruck einer fehlenden Planung und Koordination für den Grossraum Berlin.

Diese Gründe haben mich bewegt, den Antrag zu unterzeichnen. Dass

mich dabei der Ärger über die von mir seit Jahren empfundene Ignoranz der Macht der Sozialdemokratie in Berlin hat übersehen lassen, dass die politische message des Antrages eine andere ist, ist ärgerlich für Euch und für mich.

Margareta Wolf

**Der Neuköllner Stachel hat einen der Protagonisten für die Schließung des Flughafens Tempelhof, den Sprecher der Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof (BIFT), Manfred Herrmann, gefragt, ob er die Erläuterungen der Bundestagsabgeordneten nachvollziehen kann:**

Frau Wolf ist nur in einem Punkt recht zu geben: der Single-Standort Schönefeld ist natürlich auch eine schwer erträgliche Belastung für die Anwohner; aber dennoch zehnmal besser als die innerstädtischen Flughäfen Tegel und Tempelhof. Doch können wir uns eine erneute jahrzehntelange Diskussion über Sperenberg o. a. nicht leisten. Ziel kann jetzt nur ein striktes Nachtflugverbot für den BBI und ein finanziell zu erreichendes generelles Ende des unanständigen Wachstums des Flugverkehrs oder gar seine Reduktion sein.

Eine breite Diskussion über die Zukunft Tempelhofs ist notwendig - aber bitte unter der Prämisse von Null-Flugverkehr. Frau Wolf stützt mit dem Gruppenantrag gerade die Position des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), am liebsten sofort und meistbietend an jeden beliebigen Investor



## Und danach?

Von Franziska Eichstädt-Bohlig

Das Areal braucht eine Kernnutzung für das historische bedeutsame und unter Denkmalschutz stehende Flughafengebäude mit dem anschließenden Bogen der Abfertigungsanlagen. Wir schlagen vor, die Diskussion um die Nachnutzung der baulichen Flughafenanlagen und des engeren Vorfeldes offensiv mit einer Initiative zum weiteren Hauptstadumzug von Bonn nach Berlin zu verknüpfen. Wir halten die Umsiedlung von Bundesministerien von Bonn nach Tempelhof für sinnvoll und machbar. Zusätzlich zu den denkmalwerten baulichen Anlagen kann das engere Vorfeld des Flughafens für ergänzend notwendige Bau- und Nutzflächen gebraucht werden. Der Bund ist Eigentümer der Anlagen.

Der Standort ist optimal mit der U-Bahn ans Zentrum angebunden. Der neue Bahnhof Südkreuz ist in fünf Minuten erreichbar. Der Flughafen BBI ist optimal per Bahn und Autobahn erreichbar.

Wir fordern den Senat auf, aktiv mit dem Bund über die Nutzung der Flughafenanlagen für einen Umzug von Bundesministerien zu verhandeln. So können neue Arbeitsplätze für Berlin gewonnen und eine passende Nutzung für die denkmalwerten und geschichtsträchtigen Flughafengebäude gefunden werden.

## Grüner Lernort

**Ökologisches Vorzeigebauwerk in Neukölln**

Die kleine Grünfläche in der Rungius-Ecke Jahnstraße war früher aufgrund unsachgemäßer Nutzung unbrauchbar. Durch verunreinigtes Material bei Bodenaufschüttung und Anlage von Wegen überschritten die Schadstoffbelastungen die Richtwerte, hinter Werbetafeln sammelte sich Müll. Obwohl in Neubritz Grünanlagen fehl(t)en, war der Betroffenenvertretung im Sanierungsgebiet Wederstraße jedoch klar, dass ein Park oder eine Wiese an dieser Stelle nur eingezäunt erhalten und gepflegt werden kann. Da vermittelte der damalige grüne Bezirksstadtrat Michael Wendt den Kontakt zu dem Förderverein der August-Heyn-Gartenarbeitsschule in Britz, damit hier besonders für die benachbarte Zürich-Grundschule mit einem Schulgarten gleichzeitig eine dringend benötigte Freifläche entstehen konnte.

Der Schulgarten wurde 1999/2000 in das Förderprogramm „Stadtweite Maßnahmen, Beschäftigung und Qualifizierung“ aufgenommen. Träger des Schulgartens ist und Bauherr für das Lehmhaus war der Förderverein der August-Heyn-Gartenarbeitsschule. Das Gebäude wurde finanziert mit EU- und Bundesmitteln sowie mit Mitteln der Stadterneuerung des Bezirks Neukölln. Seit über 40 Jahren wird an der Fritz-Reuter-Allee in Britz ein 3,5 Hektar großes Gelände als Schulgarten bewirtschaftet. Die Idee der Gartenarbeitsschulen geht auf den Reformpädagogen August Heyn zurück, der 1920 den ersten „grünen Lernort“ errichtete. Heute ist es besonders für Kinder und Jugendliche aus den dicht bebauten Großstadtvierteln wichtig. Wissen über die Natur in einem ganzheitlichen Ansatz unter Einsatz möglichst vieler Sinne zu vermitteln. Neben Gartenarbeit und Kleintierbeobachtung stehen naturwissenschaftliche Analysen sowie die Weiterverarbeitung von Getreide, Obst und Gemüse auf dem Stundenplan.

Im Jahr 2000 begannen in der Neubritzer „Filiale“ der Gartenarbeitsschule an der Rungiusstraße die Baumaßnahmen. Heute



Das August-Heyn-Haus  
Foto: jub

umfasst der Nutzgarten Beetflächen, Kompost, Bohnenhäuschen und Spalierbäume. Im Naturgarten umgibt ein Feuchtbiotop einen kleinen Teich, über den ein Holzsteg zur Kräuterspirale führt. Kiesflächen und Totholz schaffen Lebensraum für Pflanzen, Insekten und Kleintiere.

Mit Fertigstellung des „August-Heyn-Hauses“ wurde 2003 auf 120 Quadratme-

tern ein witterungsunabhängiger Unterrichtsraum geschaffen. Die Konstruktion des Gebäudes beruht auf einem Holzständer-Fachwerk, das mit Lehmziegeln ausgefacht ist. Die Außenfassade wurde mit Lärchenholz verschalt, innen blieben Fachwerk und Lehm sichtbar. Glastüren schaffen eine Verbindung zwischen Garten und Unterrichtsgebäude.

Lehm besteht aus Sand und Ton. Lehm kann durch Wasser wieder verformt werden und muss nicht durch chemische Beigaben gebunden werden. Daher ist der Baustoff beliebig oft wieder verwendbar und belastet die Umwelt nicht als Bauschutt. Für das Gebäude wurden „Grünlänge“ verwendet, das sind Lehmsteine, die nicht wie Ziegel gebrannt werden, sondern an der Luft trocknen. Lehm nimmt

Luftfeuchtigkeit auf und gibt sie wieder ab. Dadurch wird ein gesundes Raumklima geschaffen. Lehmwände speichern Wärme und geben sie wieder ab. Lehm dämmt Schall und schirmt hochfrequente elektromagnetische Strahlungen ab. Naturbelassener Lehm entfaltet bei unterschiedlichem Lichteinfall besondere Reize. Im Vergleich zu einer Kalksandsteinmauer ist Lehmputz nicht wesentlich teurer. Eine Wärmepumpe lüftet, heizt und bereitet das Warmwasser für Heizung und Küche. Dabei entzieht ein Rohrsystem mit Lüftungsventilen der Abluft bis zu 90

Prozent der Wärme und speist sie wieder in das System ein. Die so gewonnene Energie wird zunächst in einem Wasserspeicher und von da aus bei Bedarf für die Heizung oder für Warmwasser abgegeben.

Auf dem Dach ist eine 7,5 Quadratmeter große Sonnenkollektorfläche installiert. Der Solarertrag von jährlich etwa 1.790 Kilowattstunden wird in das Gesamtsystem eingespeist. Mit der so gewonnenen Energie werden jährlich 400 Kilogramm CO<sub>2</sub>-Emissionen vermieden. Berechnungen gehen davon aus, dass der Energiebedarf für die Warmwasseraufbereitung zu 60 Prozent durch die Solarkollektoren und zu 40 Prozent über die Wärmerückgewinnung der Wärmepumpe gedeckt wird. Das fast autarke Haustechnik-System benötigt nur für die Spitzenabdeckung eine elektrische Nacherwärmung des Speichers durch Strom. Die Beheizung erfolgt über normale thermostatisch regelbare Flachheizkörper.

Zudem steht auf dem Dach eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von einem Kilowatt. Diese mit Siliziumzellen bestückte Anlage besteht aus 10 Solarmodulen. Der erzeugte Strom wird in den Stromkreislauf des Gebäudes eingespeist. Damit wird der Primärenergiebedarf um etwa 750 Kilowattstunden pro Jahr reduziert.

Auf dem Pultdach mit einem leichten Gefälle wurde über die Abdichtung aus Polymerbitumen eine Schutz- und Filterfließlage eingebaut. Darauf folgt eine Substratschicht aus Lava und Bims Kies. Das Substrat speichert Wasser und Nährstoffe und reguliert die Abgabe an die Pflanzen der Dachbegrünung. Die anschließende Abdichtung mit einer Mulchlage und Sedumsprossen dient als Erosionsschutz und Nährstoffversorgung. Die Sedumbe-

pflanzung ist eine Mischung aus niedrig wachsenden Moosen, Sukkulenten und Kräutern. Gründächer haben eine Wärme dämmende Wirkung, wodurch Temperaturschwankungen im Sommer und Winter ausgeglichen werden. Zudem wird Staub gefiltert und gebunden sowie neuer Lebensraum für Pflanzen und Tiere geschaffen. Gründächer können fast 100 Prozent hochfrequente Strahlungen, z.B. von Mobiltelefonen, abschirmen. Die Kosten eines Gründaches sind zwar doppelt so hoch wie die Abdeckung eines Flachdaches mit Kieselschicht, die Mehrkosten amortisieren sich jedoch aufgrund der doppelt so hohen Lebensdauer.

Das Lehmgebäude wird von Neuköllner Schulen und Kindertagesstätten der näheren Umgebung genutzt. Für lernbehinderte oder körperbehinderte Schüler wird das Angebot angepasst.



Der Kulturbunker  
Foto: jub

Das ökologische Bildungsangebot des „grünen Lernortes“ richtet sich auch an Erwachsene und außerschulische Nutzer. Auf dem benachbarten Grundstück entstand ein „Kulturbunker“, der Räume für kulturelle Veranstaltungen und private Treffs besonders für Kinder und Jugendliche bietet.

Bertil Wewer

Literatur: Broschüre „August-Heyn-Haus, Das Lehmgebäude im Schulgarten Rungiusstraße“, Bezirksamt Neukölln (Herausgeber)

**Bündnis 90/Die Grünen Neukölln fordern:**

# Wissmannstraße umbenennen

*Deutsche Kolonien in Afrika - ein weitgehend unbekanntes Kapitel in der deutschen Geschichte*

Die Geschichte des deutschen Kolonialismus spielt weder im Schulunterricht noch in der öffentlichen Diskussion über unsere Geschichte irgendwo eine Rolle. Kaum einer weiß, wo und wie lange deutsche Kolonien in Afrika bestanden. Erst Recht wissen die wenigsten, was dort vorgegangen ist. Da es nie eine Wiedergutmachung der deutschen Kolonialmacht für Landnahmen, Zerstörungen, Misshandlungen und Morde gegeben hat, setzen wir uns ein für das, was auf der politischen Ebene des Bezirks möglich ist: Eine symbolische Geste, die zum Ausdruck bringt, dass wir um das Unrecht wissen, das Wissmann begangen hat, und dass wir ihm die Ehre absprechen, die ihm frühere Generationen erwiesen haben.



Aus diesem Grund hätte die Umbenennung der Straße allein, ohne dass Informationen über Wissmann aufgearbeitet werden, ohne dass über die Kolonialgeschichte Deutschlands in Afrika gesprochen wird und ohne dass die Tansanier, für die Wissmann und sein Wüten in ihrem Land bis heute Bedeutung hat, zu Wort gekommen wären, wenig Sinn. Das wäre ein reiner Verwaltungsakt mit einer sehr eingeschränkten Symbolwirkung: Ein paar, die am Hebel sitzen, haben verstanden – mehr nicht. Andererseits können aber Information und Auseinandersetzung darüber, wie die deutsche Kolonialzeit in Tansania bis heute wirksam ist, sowie darüber, wie sehr die deutsche Kolonialherrschaft in Tansania hier vergessen und

verdrängt ist, nicht ohne jede politische Konsequenz bleiben – das wäre eine erneute Verletzung der damaligen Opfer. Aus dem Wissen und der Erinnerung müssen – das ist nur menschlich – irgend welche sichtbaren Konsequenzen gezogen werden. Wir können ihnen hier im Bezirk, im Rahmen unserer Möglichkeiten, aber stellvertretend für die damaligen Deutschen, ohnehin nicht mehr anbieten als dies: Den Namen eines Mannes vom Straßenschild zu tilgen, der so viel Leid über sie und ihre Nachfahren gebracht hat, weil der sie als Menschen missachtete und sie unterwerfen wollte mit dem erklärten Ziel, ihr Land und ihre Arbeitskraft für das damalige Deutsche Reich auszubuten. Eine Straßenumbenennung bedeutet Kosten für die Kommune, in diesem Fall für den Bezirk Neukölln und Kosten sowie Umstände für die Anwoh-

ner. Deshalb sollte man einen solchen Schritt nur dann tun, wenn die Kosten gegen den ideellen Gewinn abgewogen sind: Straßennamen sind zweifellos eine hohe Auszeichnung nicht nur für die Namensgeber, sondern auch für die Stadt und den Bezirk. Wer aber mehr über die Geschichte des Kolonialismus in Tansania weiß und wer weiß, was Wissman getan hat, wird ihm seine Auszeichnung nicht lassen können. Mit der Umbenennung können wir Verantwortung für einen Teil unserer Geschichte übernehmen. Das ist die Kosten wert.

Susanna Kahlefeld

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.majimaji.de](http://www.majimaji.de) und [www.tanzania-network.de](http://www.tanzania-network.de)



Noch heisst die Wissmannstraße in Neukölln Wissmannstraße

Foto: jüb

*Das Vorhaben der Neuköllner Bündnisgrünen, die Wissmannstraße umzubenennen, hat zu ersten Reaktionen bei Anwohnerinnen und Anwohnern geführt. Der Neuköllner Stachel dokumentiert im Folgenden die Meinung eines Lesers:*

An den Neuköllner Stachel:

Als Anwohner der Wissmannstrasse und Mitglied der Grünen möchte ich unter Bezug auf den Artikel im März-Stachel Kritik an der dargelegten Position üben. Ich halte grundsätzlich nichts von der im Artikel zum Ausdruck kommenden Auffassung, wonach es der Bewusstseinsbildung in einer Demokratie dienlich wäre, die Erinnerungsmöglichkeit zu revidieren, in dem ich Symbole zur Erinnerung eliminiere, die in einem bestimmten historischen Kontext entstanden sind. Vielmehr halte ich es für dienlich, sich seiner Geschichte zu stellen und Anregung zu geben, darüber nachzudenken, warum es in einer bestimmten

Zeit für wichtig empfunden wurde, eines Mannes wie Herrn Wissmann zu gedenken, also seine Person den Bürgern als Vorbild anzubieten. Es ist nach meiner Auffassung viel wichtiger für eine Identifikation mit den Inhalten und Spielregeln der Demokratie dadurch beizutragen, dass die Möglichkeit besteht, zu erkennen, warum eine Person damals für vorbildhaft angesehen wurde und warum dies heute nicht mehr zutrifft, als durch Entfernung des Namens symbolisch zu demonstrieren, dass wir eine Person wie Herrn Wissmann nicht mehr für vorbildartig erachten. Als Lösung stelle ich mir deswegen eine ergänzende Tafel an den Straßenschildern vor, die allerdings etwas mehr enthält als es ansonsten („Sozialstadträten von ZY von ... bis ...“) üblich ist: Hermann von Wissmann, preußischer Offizier, der im Auftrag der deutschen Regierung von 1888-1891 in der Kolonie Deutsch-Ostafrika verschiedene Aufstände niederschlug mit der Folge von ca. 300.000 Toten. Seine Dienste wurden für so vorbildhaft gewertet, dass er...(Angabe der Jahreszahl, wann die Straße den Namen bekam) durch die Vergabe des Straßennamens in Erinnerung bleiben sollte. Mit stacheligen Grüßen

Dr. Godwin Jeschal

# Rechtsextreme in Neukölln

## Wählerpotential der Rechten nimmt zu

Seit den letzten Wahlen ist Neukölln um ein negatives Merkmal reicher: In der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sitzen seither mit Jan Sturm und Thomas Vierk zwei Abgeordnete der NPD. Mit 3,9 Prozent haben sie den Sprung über die bei Bezirkswahlen geltende 3%-Hürde geschafft.

Das rechte Wählerpotential ist dabei keineswegs von gestern auf heute entstanden: Ende der 80er und in den 90er Jahren feierten die „Republikaner“ in Neukölln zeitweilig große Erfolge. 1989 erzielten sie 10,2 Prozent, 1992 kamen sie auf 12,8 Prozent und errangen damit sogar einen Stadtratsposten – der von ihnen gestellte Umwelt- und Gesundheitsstadtrat Bernd Brusckke wurde allerdings nach nicht einmal zwei Jahren wegen erwiesener Unfähigkeit wieder abgewählt. Von 1999 bis 2001 waren die „Republikaner“ dann erneut mit zwei Bezirksverordneten vertreten und scheiterten 2001 mit 2,9% nur denkbar knapp.

Die beiden Bezirksverordneten der NPD haben sichtlich Schwierigkeiten, sich mit demokratischen Spielregeln vertraut zu machen. Im ersten halben Jahr war wenig von ihnen zu hören. In die BVV im April haben sie dagegen

gleich mehrere Anträge eingebracht, u.a. die unsägliche Forderung, das „Amt des Migrationsbeauftragten“ in „Amt für Ausländerrückführung“ umzubenennen. Ansonsten scheint der Frust, von den anderen Fraktionen nicht beachtet zu werden, sehr tief zu sitzen: Fast in jeder Antragsbegründung beschimpfen sie die anderen Fraktionen als „selbsternannte Demokraten“.

### Rechte Strukturen im Bezirk

Zu Entwarnung besteht aber kein Grund. Es gibt in Neukölln rechte Strukturen, die versuchen den öffentlichen Raum zu besetzen und Angsträume für Ausländer und Andersdenkende zu schaffen. Massenhaft verklebte NPD-Aufkleber, aber auch weniger bekannte rechte Symbole wie das „Keltenkreuz“ oder die Abkürzung ANB, die für Autonome Nationalisten Berlin steht, finden sich als Schmierereien auf vielen Verteilerkästen vor

allem im Süden von Neukölln. Dafür sensibilisiert, kann das zu einem subjektiven Angstgefühl beitragen – und genau um die Schaffung solcher Angsträume, um die Einschüchterung von Andersdenkenden, geht es ihnen. Darüber hinaus werden auch immer wieder linke Orte mit Graffiti verunstaltet, etwa der Stadteilladen Lunte im Schillerkiez oder das von den Falken getragene Kinder- und Jugendzentrum Anton-Schmaus-Haus in Britz.

### Chronik rechter Aktivitäten

Auf der Webseite der Autonomen Neuköllner Antifa ([www.antifa-neukoelln.de](http://www.antifa-neukoelln.de)) findet sich eine erschreckende Chronik von Naziaktivitäten in Neukölln. Meist handelt es sich um Schmierereien, wilde Plakatierungen oder das Verteilen von Flugblättern. Doch auch in Neukölln kommt es immer wieder zu Gewalttaten. Zum Beispiel griffen im August 2006 10 bis 15 Neonazis einen Infostand der Linkspartei.PDS und des Bündnisses „Gemeinsam gegen Rechts“ mit Flaschen, Pfefferspray und Leuchtpurmunition an. Wahlkampfstände fast aller anderen Parteien werden bedroht und interessierte Bürger eingeschüchtert. Auch kommt es immer wieder zu Gewalttätigkeiten gegenüber einzelnen Personen. Bestimmte Orte wie die Rudower Spinne, an denen Nazis sich vermehrt treffen, werden von vielen Menschen aus Angst gemieden. Im November konnte eine Bedrohung des Anton-Schmaus-Hauses durch etwa 40 Rechte von der Polizei verhindert werden.

### Initiativen gegen rechts

Doch es gibt auch Gegenbewegungen: Inzwischen haben sich verschiedene

Initiativen gegründet. So das „Antifaschistische Bündnis Neukölln“ und „Rudower Bürger/innen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“. Es wird die Aufgabe der Neuköllnerinnen und Neuköllner in den nächsten Monaten und Jahren sein, Angsträume nicht entstehen zu lassen und den Aktivitäten von NPD und Kameradschaften entschieden zu begegnen. Hierfür heißt es, die Augen offen zu halten und nicht wegzusehen, in schwierigen Situationen auch andere Passanten und Umstehende anzusprechen und im Zweifelsfall die Polizei zu rufen.

Jochen Biedermann

**Terminhinweis: Am 8. Mai findet von 18-20 Uhr eine NPD-Veranstaltung im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt statt. Für 17 Uhr ist eine Gegenkundgebung angemeldet. Wir rufen alle Neuköllnerinnen und Neuköllner auf, sich daran zu beteiligen!**



### Runder Tisch in Rudow

*In Rudow sind Schmierereien mit rechtsextremen Symbolen schon seit längerer Zeit keine Seltenheit. Laut skandierter rechtsextreme Gesinnung hat so etwas wie eine Heimstatt an der Rudower Spinne gefunden. Dieser Ort - ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt und Eingang in die „gute Stube“ Rudow - wird dadurch immer mehr in Verruf gebracht. Während des letzten Wahlkampfes kam es sogar zu Gewalttätigkeiten gegen Informationsstände demokratischer Parteien.*

*Kürzlich haben sich einige Rudower Verbände, Vereine und Vertreter demokratischer Parteien zu einem „runden Tisch“ zusammen gefunden, um den Bestrebungen der rechtsextremen Szene ein Leitbild „Rudower Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ entgegen zu setzen.*

*Ihre Vision: „Rudow verbindet Dorf und Stadt, Natur und Großstadtzauber, Alt und Jung, Reich und Arm, Alteingesessene und Neuzugezogene.“ Einig sind sich alle in der Bekämpfung rechtsextremer Gesinnungen und aller Formen von Rassismus.*

### Bahnagentur Schöneberg

#### Reisetreff



**Bahnfahrkarten europaweit  
Beratung und Verkauf gebührenfrei  
Suche nach den jeweils besten Preisen und Verbindungen  
Bahnspezialist für Frankreich  
Reisetreff mit Sitzzecke, Reiseliteratur und Landkarten  
Tipps für Reisen nach Osteuropa und die GUS  
Fahrkartenbestellung per Telefon, Fax oder e-mail**

Crellestraße 7 10827 Berlin 030 76768398

[www.bahnagentur-schoeneberg.de](http://www.bahnagentur-schoeneberg.de)

## Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

- Ich möchte nicht nur ein, sondern \_\_\_\_\_ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.
- Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name                      Straße                      Wohnort

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln  
Postfach 440629, 12006 Berlin



**Unter der Lupe**

## Vorsicht! Sprengung?

Wenn es bei dem geschätzten Leser einmal plötzlich laut „rummt“ und alle Tassen und Gläser im Schrank wild herum zu tanzen beginnen, und auch Hund, Katze und Kanarienvogel verstört um sich blicken, dann findet vermutlich kein Erdbeben statt, sondern irgendeine Abrissfirma sprengt sich ihre Aufträge zusammen.

Und erwarten Sie ja nicht, dass Ihnen vorher gesagt wird, dass gleich zig Kilogramm Sprengstoff gezündet werden. Das ist nicht vorgeschrieben ist und steht auch nicht in irgendwelchen Verordnungen oder Arbeitsanweisungen. Der Sprengmeister muss lediglich sein Vorhaben anzeigen: Also, liebes Landesamt für Technische Sicherheit (!), ich sage Dir jetzt mal, dass ich übermorgen um drei ein großes Kraftwerk in die Luft sprengen werde. Punkt. Mehr nicht. So geschehen in Rudow.

Der Bürger, der an seinem Haus einen klitzekleinen Anbau zum Unterstellen seines Rasen-„Sprengers“ (!) vorhat, muss bei der Behörde eine Genehmigung beantragen. Aber eine Abrissfirma braucht zum Kraftwerke-Sprengen keine Genehmigung...! Die darf munter vor sich hin sprengen, arg- und genehmigungslos. Und wenn dem Bürger mit dem Rasensprenger-Anbau-Plan die gesprengten Kraftwerksteile um die Ohren fliegen und in seinem Wohnzimmer die Tassen und Gläser... siehe oben, dann erinnert er sich daran, dass ihm die Abrissfirma vor Jahresfrist vollmundig versprochen hat, eben nur abzureißen und nicht zu sprengen. Aber das war ja vor der Wahl. Da wurde auch von der Politik versprochen, dass man mehr für die Bürgerinnen und Bürger tun wolle, und dass man die Verwaltung bürgerfreundlicher herrichten würde, und dass man...

Und nach der Wahl - also heute - muss der Bezirksbürgermeister von Neukölln konstatieren, dass sein Bezirk wohl in einer Bananenrepublik liegt. Und da ist es möglich, im Vorgarten der Bürger herumzusprengen, ohne ihm und dem Bürger Bescheid zu sagen. Na denn: Frohe Sprengung - bis bald, in Rudow.

Jürgen Biele

# Des Stachels bunte Seite

## Grüne Energie aus Rudow

Interessante Einblicke in ökologische Energieversorgung

Kürzlich trafen sich interessierte Bürger, organisiert von *Neuköllns schönen Seiten*, einem Besucherprogramm der Neuköllner Bündnisgrünen, vor dem Biomasse-Heizkraftwerk der EKT GmbH in der Köperniker Straße in Rudow, um einen Blick in die „grüne“ Energieküche zu werfen. Das Heizkraftwerk versorgt die Gropiusstadt hauptsächlich mit Fernwärme und ersetzt das alte Bewag-Kraftwerk Rudow.

Die EKT GmbH (vormals Harpen-EKT GmbH) ist ein Energiedienstleister mit den Kernkompetenzen Nah- und Fernwärmeversorgung sowie Contracting für Wärme, Kälte und Strom. Seit Mai 2006 ist die EKT eine hundertprozentige Tochter der RWE Key Account Contracting GmbH ([www.harpen-ekt.de](http://www.harpen-ekt.de)).

Die etwa einstündige Führung durch den Vertriebsleiter des Unternehmens, Herrn Lehmann, zeigte den Arbeitsablauf dieses Kraftwerkes, vom Abladen des angelieferten Altholzes bis hin zur Entsorgung der Abfallprodukte. Das Rudower Heizkraftwerk mit einer thermischen Leistung von 20 Megawatt

wurde am 1. Mai 2003 fertig gestellt. 20 Mitarbeiter betreiben das Heizkraftwerk, das aus fast 200.000 Tonnen Altholz im Jahr Wärme und Strom produziert und damit 80 Prozent der in der Gropiusstadt benötigten Wärme-Energie erzeugt. Die restlichen 20 Prozent werden - witterungsabhängig - durch ein gasbetriebenes Heizwerk erzeugt.

Das Altholz wird größtenteils vom Schredderplatz in Spandau per Schiff „angelandet“, danach in Silos trocken gelagert, um dann über Förderbänder zum Kessel mit Rostverbrennung zu gelangen. Der im Kessel erzeugte Dampf treibt eine Turbine an, die in einem Generator Strom erzeugt. Die elektrische Energie wird in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Der Dampf aus der Turbine kondensiert und gibt seine „Rest“-Wärme über Wärmetauscher an das Heizwasser ab. Kraft-Wärme-Kopplung sorgt für die bestmögliche Ausnutzung des eingesetzten Brennstoffes. Über die Fernwärmeleitung wird das Heizwasser in die Gropiusstadt gepumpt. Es erreicht so nach etwa vier Stunden den letzten

Heizkörper im Versorgungsgebiet.

Von dem eingesetzten Altholz verbleiben rund 3 Prozent Asche, die, wenn sie belastet ist, im Bergbau zur Verfüllung von Schächten verwendet



Interessierter Blick ins Feuerloch

Foto: jüb

wird. Unbelastete Asche nutzt man im Straßenbau, Flugasche wird aus den Rauchgasen herausgefiltert und unter Zugabe von Kalk im Tagebau verbaut.

Die Führung gab einen interessanten Einblick in die Energiegewinnung und wir danken der EKT GmbH für die Möglichkeit der Besichtigung.

Felix Reyl/jüb

## Science-Lab

Eine private Bildungsinitiative für Kinder, Erzieher und Lehrer

Laut ist der Ruf nach besserer Bildung und mehr Initiative in Kindergärten und Grundschulen. Während viele fordern, einige testen und viele, viele darüber reden, hat Science Lab, eine private Bildungsinitiative, ein Konzept entwickelt mit dem bereits über 1500



fröhlich, kindgerecht und kompetent ihre Schützlinge. Sie werden dabei unterstützt mit einem Set an ausgesuchtem Material und übersichtlichen Arbeitskarten, verpackt in zwei von Science Lab speziell entwickelten Forscherkisten.

Nach nunmehr einem Jahr sagen die Fachkräfte einhellig, dass es Kindern und Erziehern viel Freude bereitet, dass sie Fähigkeiten und Interessen bei den Kindern entdecken, die zuvor nicht sichtbar waren und dass sie selbst die Naturwissenschaften für sich neu entdeckt haben

Dieser Erfolg beruht nicht zuletzt darauf, dass die Fortbildungen durch Science-Lab aus der Praxiserfahrung von Kinderkursen mit über 5000 teilnehmenden Kindern seit 2002 abgeleitet wurden.

Auch in Berlin gibt es Kurse für Kinder zwischen 4 und 10 Jahren an zahlreichen Standorten. Direkt informieren können sich interessierte Eltern und Fachkräfte aus Kindergärten und auch Grundschulen in der Langen Nacht der Wissenschaft am 9.6. am Stand von Science-Lab in der Universitätsbibliothek (UB) der TU Berlin, Fasanenstraße 88 oder unter [www.science-lab.de](http://www.science-lab.de).



Kindergärten in Deutschland, davon mehr als 150 allein in Berlin, fortgebildet wurden, um moderne, kindgerechte Bildung im Bereich Naturwissenschaft und Technik zu leben. Nach einer eintägigen Schulung zu den fünf Themenbereichen Luft, Wasser, Farben, Schall und Elektrizität begleiten die Fachkräfte der KiTas



**Es geht weiter!**

Die Termine für das Bündnisgrüne Programm zum Kennenlernen von Neuköllns schönen Seiten sind schon „in Arbeit“. Zunächst aber sind Neugierige Neuköllnerinnen und Neuköllner eingeladen für den 26. Mai. Bei einem Spaziergang zwischen der Fritz-Karsen-Schule und dem Ortolanweg wollen wir einige Wohnungsbauprojekte besichtigen, die es verdient haben, nicht nur von Eingeweihten und Denkmalschützern gekannt zu werden...

Treffpunkt am 26. Mai um 15 Uhr auf dem Parkplatz der Fritz-Karsen-Schule, Onkel-Bräsig-Str. 76/78.

**Damals war's ...**



**... vor 25 Jahren:**

Im Juni 1982 war im **Neuköllner Stachel**, Zeitung der Alternativen Liste, zu lesen:

Bereits im September 1981 startete die Neuköllner SPD mit einen Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ihre Initiative, das Bezirksamt solle sich beim Senat dafür einsetzen, dass die seit 1975 für die Bezirke Tiergarten, Wedding und Kreuzberg bestehende Zuzugssperre für Ausländer auf den Bezirk Neukölln ausgeweitet wird. Erneut war es der Neuköllner SPD gelungen, die CDU rechts zu überholen, die CDUler konnten den Antrag nur noch unterstützen. Dennoch wurde der Antrag nicht abgestimmt, sondern zunächst im Verwaltungsausschuss und dann im neu eingerichteten „Sonderausschuss für Ausländerfragen“ bis Ende März behandelt...

Die Britzer Genossen sahen mittlerweile die Chance als gering an, beim Senat eine Zuzugssperre für ganz Neukölln zu erreichen und forderten mit einem Änderungsantrag ..., daß eine Zuzugssperre nur noch für Berlin 44 angestrebt werden soll, was der Sonderausschuss für Ausländerfragen gegen die AL-Stimme befürwortete...

...darum bat der CDU-Bezirksbürgermeister bereits am 15.3. in einem Schreiben den Innensenator. Hervorragende Zusammenarbeit! Trotz (einer) abschlägigen Antwort des Senats wurde in der ... BVV die Beschlussempfehlung des Ausländerausschusses ... gegen die Stimmen der AL verabschiedet.

Die Neuköllner SPD von damals gibt es nicht mehr, die AL allerdings auch nicht! Na dann, Genossen: Auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

Mehr Tipps: [gruenes-klima.de](http://gruenes-klima.de)



## Der letzte Punkt

Teile und herrsche, so lautet eine uralte Politikerweisheit, wenn es darum geht, missliebige Meinungen „aussen vor“ zu lassen. Die Erfahrung macht jetzt auch der Teil der WASG Berlin, der nicht mit der PDS fusionieren will. Da gibt es eine kleine Gruppe, die sich gegen Sozialabbau und „Neoliberalismus“ einsetzt und wohl sozial orientierte Christdemokraten im politischen Visier hat. Damit wäre dann die WASG in Berlin dreigeteilt und hätte erheblich an Schlagkraft und Bedeutung eingebüßt... Die PDS in Berlin wird's freuen. Ade WASG!